

## Presseerklärung

als Reaktion auf Artikel der PNP „Windenergie ja, Salzkraftwerk nein“ vom 11.06.2024  
und Artikel der SZ „Aiwanger will Windrad-Vetorecht der Kommunen abschaffen“ vom 11.06.2024

Lt. Grünen Landesvorsitzender Gisela Sengl ist unser Staatsforst „kein Vorzeigewald“ und daher wären ihrer Meinung nach die Naturschutzargumente der Windkraft-im-Wald-Gegner nur „vorgeschoben“. Die Definition für „kein Vorzeigewald“ lässt Sengl offen, aber scheinbar ist das ein Wald, der es ihrer Ansicht nach nicht wert ist, geschützt, sondern zerstört zu werden.

Dieser desaströsen, entgleisenden Aussage können wir nur entgegnen, dass unser Staatsforst mit seinen rund 5.000 Hektar das letzte zusammenhängende Waldgebiet unserer Region ist und damit auch das letzte Rückzugsgebiet in einer vom Menschen dominierten Welt. Als deklariertes Bannwald ist er Klimaschützer, CO<sub>2</sub> Speicher, Sauerstofflieferant, Ökosystem, Lebensraum, Grundwasserspeicher sowie unser Naherholungsgebiet und erfüllt die Schutzfunktion für die Bevölkerung vor Emissionen der Chemieindustrie.

Die geltende Kommunalklausel der Bay. Staatsforsten, die den Bürgern derzeit noch die Entscheidungsgewalt darüber gibt, ob Windräder auf ihrem Gemeindegebiet im Wald gebaut werden dürfen oder nicht, möchte Frau Sengl, genau wie Herr Aiwanger abschaffen.

Das heißt im Klartext, dass der Bevölkerung zukünftig das bisherige, direkte Mitspracherecht verweigert werden soll. Man sieht sehr deutlich, was die Versprechungen der Staatsregierung wert sind, denn zu Projektbeginn hieß es:

**„Voraussetzung für die Initiierung des Auswahlverfahrens ist, dass von allen von dem Windenergieprojekt betroffenen Gemeinden eine Zustimmung zum Projekt in Form von Gremium Beschlüssen vorliegt.“ (PNP, 11.1.2023)**

Die Entscheidungen über den Bau der Windräder haben unmittelbare negative Auswirkungen auf die Gesundheit, die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Verhältnisse der regionalen Bevölkerung und ihrer nachfolgenden Generationen. Trotz dieser Risiken und Konsequenzen möchte man die Bevölkerung von diesen „Entscheidungen über Energie-Infrastruktur“ ausschließen.

Ist es nicht skandalös, dass die Politiker und auch der Staatsminister, die Tag für Tag „Demokratie“ aus Ihren Partei-Programmen predigen, genau diese abschaffen möchten? Hat nicht Herr Aiwanger selbst gesagt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung eine große Rolle spielt?

Diese Akzeptanz möchte man lt. PNP-Artikel jedoch nicht über demokratische Mitbestimmung erzielen, sondern über Bürgerbeteiligungen. Die finanziellen Investitionen für dieses Windkraftprojekt sollen gesichert werden und nur in diesem Zusammenhang braucht man den Bürger sowie seine Brieftasche. Über das damit verbundene Risiko hört man dagegen sehr wenig bis gar nichts.

**Unser Wald darf niemals zum Industriegebiet werden! Dafür werden die Menschen des Altöttinger Landkreises sorgen!**

Die Bürgerinitiative  
Gegenwind Altötting

Altötting, 12.06.2024